

erarbeitet, die im wesentlichen die 1985 getroffenen Feststellungen bestätigen. An den Verbindungsaufnahmen waren in 33 Fällen ehemalige DDR-Bürger und in 7 Fällen sonstige im Ausland lebende Bekannte oder Verwandte beteiligt; in einem Fall wurde ein Schreiben direkt an einen Mitarbeiter der "IGfM" postalisch versandt.

In 19 Fällen traten Mitarbeiter der "IGfM" zur Unterstützung der Übersiedlungsbestrebungen von DDR-Bürgern in Erscheinung.

Dabei handelte es sich um

- Katrin BORNMÜLLER, Mitglied des "Internationalen Rates der IGfM", d der "IGfM"-Delegation auf dem Berner KSZE-Expertentreffen angehörte,
- [REDACTED] und [REDACTED], Mitarbeiter der "Arbeitsgruppe Hamburg", die jeweils nach Veröffentlichungen in den Zeitschriften von "Hvd" bzw. "IGfM" mit DDR-Bürgern in Verbindung traten, sowie die Mitarbeiter der "IGfM" [REDACTED], [REDACTED] (beide AG Westberlin) und [REDACTED]

Darüber hinaus gaben zwei ehemalige DDR-Bürger - [REDACTED] und [REDACTED] - ihren Kontaktpartner in der DDR zu erkennen, daß sie sich in die Feindschaft der "IGfM" integriert haben.

Die geführten Untersuchungen ergaben, daß die "IGfM" - analog zu den vorangegangenen Jahren - nach zuvor abgeforderter Vollmachtserteilung und erfolgter Registrierung der DDR-Bürger als Übersiedlungsersuchende

- moralische und materielle Unterstützung zusichert und gewährt (insbesondere durch Paketsendungen),
- Hinweise zur Abfassung und den Empfänger von Übersiedlungsersuchen sowie zum weiteren Vorgehen erteilt (wobei u. a. die bekannte Instruktionsschrift der "IGfM" in die DDR verschickt wurde),
- Informationen über die Aktivitäten abfordert, wobei insbesondere Wert auf Nachrichten über angebliche staatliche Repressalien, Schikanen oder sonstige Nachteile wegen des Übersiedlungsantrages gelegt wird, bei deren Übermittlung "nicht zimperlich verfahren" werden sollte und